

**1463/J XXIII. GP**

---

**Eingelangt am 27.09.2007**

**Dieser Text ist elektronisch textinterpretiert. Abweichungen vom Original sind möglich.**

## **Anfrage**

**der Abgeordneten Mag. Johann Maier**

**und GenossInnen**

**an den Bundesminister für Verkehr, Innovation und Technologie**

**betreffend „Schließung des ÖBB-Callcenters am Salzburger Hauptbahnhof-Verlagerung nach Wien“**

Salzburger Medien waren Informationen über die Schließung des ÖBB-Callcenters am Salzburger Hauptbahnhof und dessen Verlagerung nach Wien zu entnehmen. Diese Schließung des Callcenters in Salzburg und Verlagerung nach Wien wurde seitens der ÖBB-Personenverkehrs AG betrieben. 21 MitarbeiterInnen (19 davon von der ÖBB), werden dadurch ihren Arbeitsplatz verlieren. Der durch BM Werner Faymann angekündigte Umbau des Salzburger Hauptbahnhofes bzw. die Abwicklung der EURO 2008 in Salzburg wurde bei dieser Entscheidung scheinbar durch das ÖBB-Management überhaupt nicht berücksichtigt.

Nicht nur für den Vorsitzenden der Salzburger Eisenbahngewerkschaft Walter Androschin ist diese Entscheidung des ÖBB Management völlig unverständlich und nicht nachvollziehbar, sondern für viele Salzburger ÖBB-Kunden.

Die unterzeichneten Abgeordneten richten daher an den Bundesminister für Verkehr, Innovation und Technologie nachstehende

**Anfrage:**

1. Warum erfolgt die Schließung des ÖBB-Callcenters in Salzburg und dessen Verlagerung nach Wien?  
Was waren dafür die nachvollziehbaren Gründe?
2. Welche Einsparungen sollen damit erzielt werden?
3. Kann mit einem Callcenter in Wien aus Sicht des BMVIT bzw. der ÖBB-Personenverkehrs AG den Salzburger Kundenbedürfnissen - insbesondere während der EURO 2008 und des Bahnhofumbaus - überhaupt entsprochen werden?
4. Wie kann ein ÖBB-Kunde anlässlich einer aktuell benötigten Auskunft über ständig sich ändernde Ein- und Ausfahrten sowie baubedingte Sperren von einem rund 320 Kilometer weit weg befindlichen Callcenter an qualitativ hochwertiger Information erhalten?
5. Mit welchen Konsequenzen ist dies für die betroffenen ÖBB-MitarbeiterInnen verbunden?